

Freie Schulwahl – ein liberales Anliegen

Die allgemeine obligatorische überkonfessionelle Volksschule gilt seit dem 19. Jahrhundert als Errungenschaft des liberalen Rechtsstaates. Sie ist tatsächlich eine Institution, die über alle sozialen und sprachlichen Schranken hinweg eine bemerkenswerte Integrationsleistung zustande gebracht hat. Die meisten haben dieses Bildungssystem durchlaufen und sind mit dem Resultat möglicherweise eine Spur zu selbstzufrieden und zu unkritisch. Motto: Was für uns einer gut genug war, soll grundsätzlich nicht geändert werden. Darum haben es alle Vorlagen, die eine Liberalisierung des gesamten Bildungsbereichs anpeilen und als ersten Schritt eine freie Schulwahl fordern, ausserordentlich schwer.

Das ist zu bedauern, denn der Preis eines rigoros staatlichen und damit letztlich zwangswirtschaftlichen Schulsystems ist in vielen Einzelfällen, aber auch im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Lernfähigkeit des Gesamtsystems, viel zu hoch. Vergessen wird in der Regel, dass die meisten pädagogischen Innovationen (auch diejenige von Pestalozzi) als Alternativen und im Wettbewerb mit dem herkömmlichen Schulsystem entstanden sind. Die Jungfreisinnigen sind zu Recht erstaunt, dass sich bürgerliche Politiker gegen eine liberale Vorlage wie die freie Schulwahl aktiv zur Wehr setzen. Durch freie Schulwahl entsteht ein Wettbewerb zwischen Schulen, der sich insgesamt auf die Qualität der Volksschule für alle positiv auswirkt.

Es gehört zu den Paradoxien des 20. Jahrhunderts, dass man die Lehren aus dem offensichtlichen Versagen aller Formen der totalitären Zwangsverwal-

die heute in Tokios Zentrum stehen, sind seit dem Platzen der Spekulationsblase hochgezogen worden. Dasselbe gilt für den spektakulären Komplex von Roppongi Hills, der nicht nur für Tokio neue Massstäbe der Urbanisierung setzt. Wenn das, was man in Tokio während der vergangenen zwei Jahrzehnte verfolgt hat, als Niedergang bezeichnet wird, dann würde man sich einen solchen für Europa wünschen.

Natürlich kommt in Gesprächen über den Zustand der japanischen Volkswirtschaft stets der Verweis auf die gigantische Staatsverschuldung. Über 210 Prozent des Bruttoinlandsprodukts soll diese inzwischen betragen. Wahrhaft italienische Verhältnisse! Die Japan-Pessimisten pflegen allerdings in der Regel zu unterschlagen, dass über 95 Prozent der Staatsschulden von den Japanern selbst gehalten werden.

Dies ist nicht einfach die Folge eines tollpatschigen Nationalismus. Die Japaner wissen, was sie an ihrem Gesellschaftsvertrag haben, und sind willens, dafür einen hohen Preis zu zahlen. Ebenso wichtig ist aber, dass die Japaner extrem hart arbeiten, um diesen Preis bezahlen zu können. Es ist diese absolute und nachhaltige Leistungsbereitschaft, die wir bei den europäischen Krisenländern derzeit so bitter vermissen.

tungswirtschaft nur sehr selektiv gezogen hat. Die Produktion von Waren und ausgewählten Dienstleistungen wird zwar dem Markt überlassen. In den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit, Kommunikation und zunehmend z. T. auch in der Kultur glaubt man vor allem in Europa noch fest an die angeblich segensreiche Auswirkung des staatlichen Zwangs und der bürokratischen Planung. Beharrlich hält man an Misch- und Misssystemen fest, die ausgerechnet in den entscheidenden Wachstumsbereichen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihre eigene Lernfähigkeit verlieren, finanziell aus dem Ruder laufen und den Anschluss an die wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht mehr schaffen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nämlich auch ein Zeichen für ein immer realitätsfremderes Schulsystem.

Mit Recht fragen die Jungfreisinnigen: «Wieso sollen staatliche Bildungsfunktionäre besser über die Bedürfnisse eines Schülers entscheiden können als dessen eigene Eltern oder er selbst? Wieso soll nun gerade in Bildungsfragen ein staatliches Monopol besser funktionieren als der freie Wettbewerb?» Konsequent Liberale haben einen schweren Stand, vor allem wenn sie sich gegen Institutionen und Traditionen wehren, die schon seit langem etabliert sind. Die Zeiten ändern sich, und eine offene Zivilgesellschaft ändert sich mit ihnen. Wer will, dass sich freiheitliche Werte weiterentwickeln können, muss bereit sein, an staatlichen Monopolstrukturen etwas zu ändern.

*Robert Nef, St. Gallen
Stiftungsratspräsident
des Liberalen Instituts Zürich*